



VEF

14.05.2014

Von Klaus Ulrich Ruof

Gewaltfreie Strategien zur Konfliktlösung

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) kritisiert die von deutschen Politikern signalisierte Bereitschaft, dass sich Deutschland bei internationalen Konflikten aufgrund seiner Größe und Verantwortung militärisch stärker einbringen soll.

In Briefen an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen haben die in der VEF zusammengeschlossenen evangelischen Freikirchen ihre »ernsthafte Sorge« über die Impulse zu stärkerem militärischem Engagement zum Ausdruck gebracht. Stattdessen müsse der Frage Raum gegeben werden, »worin Deutschland stark ist« und worin die Verantwortung Deutschlands liege, für die »wir unsere volle Unterstützung einbringen wollen.« Ausdrücklicher Wunsch der VEF sei, »dass Deutschland sich engagiert für das Wohlergehen aller Menschen einsetzt«, so VEF-Präsident Ansgar Hörsting und Vizepräsidentin Rosemarie Wenner. Es gehe nicht um den Handel und Einsatz von Waffen, sondern darum, dass Deutschland »die Stärke ziviler Hilfe im Blick hat.« Eine Politik, die sich dem Globalwohl verschreibe, »können wir aus ganzem Herzen unterstützen.«

Anlass für die geäußerte Kritik und die Unterstützungsangebote der in der VEF zusammengeschlossenen evangelischen Freikirchen waren Äußerungen von Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen. Beide hatten im Februar bei der 50. Münchner Sicherheitskonferenz mit ihren Redebeiträgen weitreichende Überlegungen angestoßen, wie Deutschland in Fragen internationaler Sicherheitspolitik und militärischen Engagements stärkeres Gewicht bekommen könnte.

Außenminister Steinmeier hatte einerseits intensiv darum geworben, den »Instrumentenkasten der Diplomatie« gut auszustatten und klug zu nutzen. Andererseits betonte er, dass Deutschland zu groß sei, »um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.« Im Schreiben an Steinmeier wird darauf verwiesen, dass Deutschland große Anerkennung für den selbstkritischen Umgang mit seiner Vergangenheit bekomme. Deutschland habe aus seiner Geschichte gelernt und daher militärisches Eingreifen nicht als Lösung akzeptiert. Es gehe darum, »auf gewaltfreie Mittel zur Konfliktlösung« zu setzen. Deshalb begrüße die VEF ausdrücklich »alle Bemühungen, im Miteinander der Weltgemeinschaft intensiv und kreativ alle Möglichkeiten zu nutzen, die geeignet sind, Krisen gewaltfrei zu lösen.« Die Diplomatie bleibe die »Königsdisziplin«, den Frieden zu suchen und zu gestalten. Dafür wird dem Außenminister im Schreiben zugesichert: »Mit Nachdruck unterstützen wir Sie in all Ihren Anstrengungen.«

Verteidigungsministerin von der Leyen plädierte in ihrem Redebeitrag dafür, dass Deutschland und Europa im Rahmen der NATO stärker als bisher militärische Verantwortung übernehmen könnten. Deutschland stehe in der Pflicht, weil es als »bedeutende Volkswirtschaft und Land von erheblicher Größe« ein starkes Eigeninteresse zu vertreten habe. Demgegenüber werbe die VEF dafür, »die weltweiten Fragen der menschlichen Sicherheit stärker in den Blick zu nehmen als die der nationalen Sicherheit.« Die Sorge für das »Globalwohl« sei die »sinnvollere Friedensstrategie«, als die eigene Volkswirtschaft abzusichern und dafür gegebenenfalls militärische Einsätze zu erwägen. Es gehe darum, »die Sicherheit und die ausreichende Versorgung aller Menschen mit den zum Leben nötigsten Dingen zu ermöglichen«. Der Export militärischer Erzeugnisse sei kein probates Mittel, um die Probleme in Krisengebieten zu befrieden. Zivile Einsätze seien effektivere Maßnahmen zu wirksamer Hilfe. »Dafür bieten wir Freikirchen gerne unsere Unterstützung in solchen Bemühungen an.«

In den Schreiben wird betont, dass die in der VEF zusammengeschlossenen evangelischen Freikirchen in Deutschland zwar eher klein seien, einige dieser Freikirchen weltweit jedoch zu den größten protestantischen Kirchen gehören. Außerdem seien viele der Freikirchen in weltweiten Zusammenschlüssen organisiert. Dies führe dazu, dass Verantwortung nicht nur als nationale, sondern als weltweite Verantwortung gesehen werde. Außerdem verbinde die evangelischen Freikirchen eine eigene Tradition und Kompetenz in konfliktlösenden und friedensfördernden Maßnahmen, besonders bei den sogenannten Friedenskirchen. Deshalb seien sie gerne bereit, ihre Erfahrung und Hilfe einzubringen.

i.A. Klaus Ulrich Ruof

Information: Vereinigung Evangelischer Freikirchen

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) wurde 1926 gegründet. Ziel des Zusammenschlusses ist die Förderung gemeinsamer Aufgaben, die Vertiefung zwischenkirchlicher Beziehungen sowie die Vertretung freikirchlicher Belange in der Öffentlichkeit. Zur VEF gehören zehn Mitglieder und vier Gastmitglieder.

Mitglieder:

- Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R.
- Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R.
- Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R.
- Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden K.d.ö.R.
- Evangelisch-methodistische Kirche K.d.ö.R.
- Die Heilsarmee in Deutschland K.d.ö.R.
- Kirche des Nazareners e.V.
- Mülheimer Verband Freikirchlich-Evangelischer Gemeinden GmbH
- Gemeinde Gottes e.V.
- Freikirchlicher Bund der Gemeinde Gottes e.V.

Gastmitglieder:

- Evangelische Brüder-Unität K.d.ö.R., Herrnhuter Brüdergemeine
- Freikirchliches Evangelisches Gemeindewerk .V.
- Anskar-Kirche
- Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland K.d.ö.R.

Zum Vorstand der VEF gehören Präses Ansgar Hörsting (Bund Freier evangelischer Gemeinden, Präsident), Bischöfin Rosemarie Wenner (Evangelisch-methodistische Kirche, Vizepräsidentin), Pastor Günter Karcher (Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden), Pastor Friedrich Schneider (Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden), Präses Ekkehart Vetter (Mülheimer Verband Freikirchlich-Evangelischer Gemeinden).

Weitere Informationen: www.vef.de